

Rat stimmt gegen Gentechnik

DEIDESHEIM: Landwirte sollen auf veränderte Pflanzen verzichten

Der Verbandsgemeinderat Deidesheim hat eine Resolution gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Bereich der Verbandsgemeinde verabschiedet. Fünf Ratsmitglieder aus den Fraktionen von SPD und CDU enthielten sich der Stimme, alle anderen stimmten dafür.

Der Rat folgte damit ohne Gegenstimme einem Vorschlag der Fraktion der Grünen. Allerdings hatten zuvor Martina Dopp (FWG) und Stefan Hebinger (CDU) einige redaktionelle Klarstellungen verlangt. Die Verbandsgemeinde soll laut Beschluss des Rats auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf ihren eigenen Flächen verzichten. Dies empfiehlt der Rat auch den Landwirten in der Verbandsgemeinde.

Außerdem sprach sich der Rat dafür aus, Initiativen zu unterstützen, die sich für eine von grüner Gentechnik freie Region einsetzen. Auch sollen über die Grenzen der Verbandsgemeinde hinweg Bemühungen für eine Produktion, die frei von grüner Gentechnik ist, befürwortet werden.

„Wir können die Agro-Gentechnik als Verbandsgemeinde nicht verbieten“, hatte Jürgen Schmidt in der Begründung des Grünen-Antrags eingeräumt. Aber der Rat könne ein Zeichen setzen für die Verbraucher und für die Landwirtschaft. Es gebe Regionen, in den sich Landwirte und Winter freiwillig verpflichtet hätten, auf gentechnisch veränderte Pflanzen zu verzichten. Bedenklich sei vor allem, dass bei Freilandversuchen sich gentechnisch verändertes Samengut auskreuze. Eine einmal begonnene Pflanzung sei somit nicht mehr „rückholbar“. Das habe unmittelbare Auswirkungen auf den konventionellen Anbau in der Nachbarschaft. Wie berichtet, ist dieses Jahr auf Haßlocher Gemarkung, also in der Nachbarschaft der Verbandsgemeinde, gentechnisch veränderter Mais angebaut worden.

Aus dem komplexen Thema Gentechnik wollte Dopp vor allem andere Formen der Gentechnik, beispielsweise bei der Herstellung von Medikamenten, aus der Resolution ausgeklammert wissen. Auch müsse man sich davor schützen, dass jemand aus der Resolution Ansprüche herleiten könne, sagte Hebinger.

Bürgermeisterin Marion Magin informierte den Rat, dass sich Anwohner beschwert hätten über Geruchsbelästigungen, die von der Kläranlage in Niederkirchen ausgingen. Die Anwohner seien deshalb für 30. September zu einem Ortstermin an der Kläranlage eingeladen.

Auf Anfrage der CDU sagte Magin, über ein Finanzierungskonzept für eine Gesamtschule in Deidesheim und Wachenheim sei mit dem Landkreis Bad Dürkheim noch zu diskutieren. Derzeit könne sie weder Aussagen über Investitionskosten machen, noch habe sie irgendwelche finanzielle Zusagen vorliegen. Der Verbandsgemeinderat werde in diese Diskussion einbezogen. Wie am 16. September berichtet, haben sich CDU und SPD im Kreistag darauf geeinigt, einen Antrag für eine Gesamtschule an den Standorten Deidesheim und Wachenheim zu stellen. (ff)

HOFFMAE / HOFFMAE

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Mittelhaardter Rundschau

Datum: Nr.223

Datum: Montag, den 25. September 2006

Seite: Nr.28